



# Interviews

**Datum: 16. Juni 2024**

## **Marcus Pindur im Gespräch mit Roderich Kiesewetter, CDU, Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages**

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

**Pindur:** Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Im Studio ist Marcus Pindur und zu Gast bei uns ist Roderich Kiesewetter, außen- und sicherheitspolitischer Experte und Sprecher für Krisenprävention der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Guten Tag, Herr Kiesewetter.

**Kiesewetter:** Guten Tag, Herr Pindur.

**Pindur:** Diese Woche drehte sich auf dem internationalen Parkett alles um die Ukraine. Die NATO-Verteidigungsminister tagten, die G7, und in der Schweiz findet eine sogenannte Konferenz zum Frieden statt. Sie gelten als einer der profiliertesten Unterstützer der Ukraine im Deutschen Bundestag und Sie haben neulich gefordert, wir müssten die Ukraine nicht „solange es nötig sei“ unterstützen, wie es Bundeskanzler Scholz immer sagt, sondern „so rasch wie möglich, so viel wie möglich“. Die Ukraine hat 50 Milliarden Dollar Kreditrahmen bekommen. Die NATO übernimmt die Koordination der Waffenbeschaffung für die Ukraine. Gibt es aus Ihrer Sicht Anlass zum Optimismus?

**Kiesewetter:** Optimistisch stimmt mich die Art und Weise, wie die Ukraine bisher mit diesem furchtbaren Angriffskrieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen Infrastrukturen wie Heizungskraftwerke, gegen den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Militär vorgegangen ist. Sie halten die zweitstärkste Armee der Welt auf und sie verhindern, dass Russland seine strategischen Ziele, Einverleibung Moldaus und der baltischen Staaten, quasi als frühere Sowjetrepubliken, fortsetzen kann. Optimistisch stimmt mich auch, dass wir langsam ein Umdenken spüren, trotz unserer gespaltenen Gesellschaft, dass dieser Krieg nicht ewig dauern kann, sondern wir mehr tun müssen, dass er gestoppt wird. Aber es stimmt mich nicht optimistisch, dass wir glauben, diesen Krieg quasi aus dem Home-Office zu verfolgen und aus der Westentasche zu finanzieren. Wichtig ist mir, dass unsere Gesellschaft begreift, wenn wir Frieden für die Ukraine wollen, muss es Frieden in Freiheit sein, etwas, das uns zusammenhält und auch uns eine Perspektive gibt für ein Europa in Frieden und Freiheit.

**Pindur:** Unsere Vorräte an Waffen und Munition sind ja nach jahrzehntelanger Mangelwirtschaft, muss man sagen beim Verteidigungshaushalt, begrenzt. Was könnte denn Deutschland Ihrer Ansicht nach jetzt unmittelbar und schnell leisten?

**Kiesewetter:** Die ukrainischen Verluste von heute und die russischen Gebietsgewinne seit letztem Jahr sind das Ergebnis einer zu zögerlichen Haltung, eines Planungsverbotes für Kampfpanzer im Jahr 2022, der Aussage, die Lieferung von Marder sei eine furchtbare Eskalation, wie sich der Kanzler ausdrückte, rote Linien bei Kampfflugzeugen und vielem mehr. Es geht mir eher darum, dass wir begreifen, es stehen Frieden und Freiheit in ganz Europa auf dem Spiel. Und wenn eine Ukraine in einen Diktatfrieden gezwungen wird oder ein Konflikt eingefroren wird wie 2015 in der Ukraine mit Minsk 1 und Minsk 2, Russland sich nur erholt und den Krieg fortsetzt. Deswegen ist es wichtig, jetzt deutlich mehr zu tun, um Russland zum Aufgeben zu zwingen. Und hier sehe ich die einen oder anderen erfreulichen Ansätze. Allerdings braucht die Rüstungsindustrie dazu mehr Aufträge und sie braucht auch, was die Arbeitszeitregelungen, einen Mehrschichtbetrieb angeht, deutlich mehr. Warum? Weil Russland auf Kriegswirtschaft umgestellt hat und Russland in einer sehr unheiligen Allianz mit China, Iran und Nordkorea ist, diese CRINK-Allianz, wo eben China als Dreh- und Angelpunkt die Hilfen aus Iran und Nordkorea koordiniert und selbst profitiert von diesem immer schwächer werdenden Russland, das quasi zur Tankstelle Chinas geworden ist.

**Pindur:** Sie haben das gesagt, die Zögerlichkeit des Bundeskanzlers ist hinreichend bekannt jetzt in den letzten zwei Jahren immer gewesen und immer ein Thema gewesen. Aber es beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. Also im ganzen Westen ist es wohl sehr schwierig, da weiterzukommen. Wir sehen das bei der Luftverteidigung. Immer wieder hat tatsächlich die Bundesregierung versucht, die Verbündeten dazu zu bewegen, zum Beispiel Patriot-Luftabwehrraketen zu liefern und da kam eigentlich so gut wie gar kein Echo.

**Kiesewetter:** Nun, die Luftverteidigung ist ja nur ein Aspekt. Aber die baltischen Staaten beispielsweise haben sich mit den skandinavischen Staaten und Großbritannien, Tschechien und Polen zur Tallinn-Initiative zusammengeschlossen, die bereits seit zwei Jahren sehr intensiv dafür geworben haben, Schützen- und Kampfpanzer zu liefern, die Munitionsproduktion anzuwerfen. Und Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land der Europäischen Union blieb immer weiter hinten. Wir erlebten es in der vergangenen Woche auch mit Blick auf das 14. Sanktionspaket der Europäischen Union, wo Deutschland statt Ungarn die Fortschritte blockiert hat. Das heißt also, dass nur kriegswichtiges Material für Russland sanktioniert wird, aber

eben nicht Fräsmaschinen, nicht Dual-Use-Güter, nicht Chips aus Waschmaschinen oder Waschmaschinen. Ich spreche das bewusst an, weil es eben nicht nur um Rüstungsgüter geht. Zudem kommt dazu, dass wir zu sehr auf Amerika gewartet haben. Ich war erst unlängst in Washington und dort sagte man mir sehr klar, wenn ihr wirklich den Krieg Russlands gegen die Ukraine ernst nehmen würdet, hättet ihr nicht auf das Hilfspaket der 60 Milliarden aus USA gewartet. Und eine Frau Kallas, die Ministerpräsidentin von Estland, hat gefordert, dass jedes Mitgliedsland 0,25 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einbringt für die Unterstützung der Ukraine. Das macht Estland bei Weitem und Langem. Viele Staaten leisten deutlich mehr, gemessen am Bruttoinlandsprodukt als Deutschland. Aber Deutschland begnügt sich bisher mit sieben Milliarden Euro Militärlieferungen. Also wir sollten da sehr demütig sein und auch anerkennen, dass andere europäische Staaten, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, deutlich mehr tun. Und auf Deutschland kommt es an, europäische Hilfe zu koordinieren, denn die Amerikaner werden ab Herbst, egal, wer als Präsident gewählt wird, von Europa mehr Lastenübernahme verlangen.

**Pindur:** Das steht außer Frage, auch perspektivisch, auch unter einem demokratischen Präsidenten sind die amerikanischen Steuerzahler nicht mehr gewillt, größere Lasten zu tragen für die Verteidigung und Abschreckung in Europa als die Europäer selbst.

**Kiesewetter:** Herr Pindur, ich hatte da ein Schlüsselerlebnis. Mir hat jemand gesagt, wir haben ... also aus Amerika, aus der Regierung. Die haben gesagt: Wir haben 16 Urlaubstage und elf Flugzeugträger. Ihr habt 30 Urlaubstage und eine vergleichsweise geringere militärische Ausstattung. Es ist nicht mehr zumutbar, dass unsere Bevölkerung für euren Urlaub aufkommt und unsere Leute auf soziale Wohltaten verzichten, um eure Sicherheit zu finanzieren. Also wir müssen hier ein Umdenken auch bei uns vornehmen.

**Pindur:** Ich wollte darauf zurückkommen, auf die Lage in den USA, dass sie perspektivisch sich auf jeden Fall ändern wird, ob mit einer Biden-Administration, aber ganz klar mit einer Trump-Administration. Sind die Europäer auf diesen Schock überhaupt vorbereitet?

**Kiesewetter:** Schauen wir mal acht Jahre zurück. Da hat man in Europa geradezu kategorisch ausgeschlossen, dass Trump gewählt wird. Und als Trump dann gewählt war, war das Entsetzen groß. Aber was hat Trumpf wirklich gemacht, außer sehr erratischer Außenpolitik? Er hat uns Europäern ein Preisschild hochgehalten und deutlichgemacht, dass wir Europäer uns verpflichtet haben, 2 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufzuwenden als Untergrenze. Deutschland lag damals bei 1,1 Prozent. Jetzt befürchtet man geradezu eine Wahl von Trump.

Aber wir sollten einpreisen, egal, wer gewählt wird, ob Trump oder Biden, die Amerikaner werden von uns mehr Lastenübernahme verlangen. Mit Blick auf den Kosovo – warum sind da amerikanische Soldaten? Mit Blick auf die Präsenz im Mittelmeer – warum muss dort eine US-Flotte sein? Und vieles mehr. Das bedeutet, auf uns Europäer kommt mehr Koordinierung zu. So ist auch der Besuch von Macron in Deutschland zu verstehen, der verstanden hat, dass mehr europäische Führung nötig ist. Und das wünsche ich mir vom Kanzleramt auch, dass die Forderungen von Pistorius und Baerbock nach mehr deutscher Verantwortung in Europa übernommen werden.

**Pindur:** Macron ist ja ein gutes Beispiel für die Illusionen, die man lange Zeit gehegt hat, denn Macron hat ja noch bis zuletzt geglaubt und dann noch ein halbes Jahr länger, er könne durch Telefon-Diplomatie bei Putin etwas erreichen. Er steht somit symptomatisch für die Haltung Europas, wie das lange Zeit gewesen war. Was könnte die Bundesrepublik denn konkret tun jetzt, um ein Signal zu setzen und um tatsächlich einen Schritt voranzugehen, zum Beispiel auch bei der Finanzierung, die ja immer noch unklar ist, des Verteidigungshaushaltes?

**Kiesewetter:** Zunächst könnte sich die Bundesregierung ein Beispiel an Macron nehmen, der eben, weil er sich in eine solche Abhängigkeit von Putin begeben hat und Illusionen nachgegangen ist, auch, dass wir unsere Illusionen aufgeben, dass man mit diesem Putin verhandeln kann oder dass am Ende in Verhandlungen der Krieg beendet wird. Verhandlungen müssen jederzeit beginnen, aber die Unterstützung der Ukraine muss intensiviert werden. Insofern ist die These Macrons, dass wir unberechenbarer für Putin werden müssen, in dem Sinne uns nicht selbst ständig rote Linien zu ziehen, sondern einfach zu handeln in Abstimmungen und in Partnerschaften und in Unterstützung der Ukraine, zielführender als abzuwarten, dass andere mehr tun oder gar die Amerikaner das Problem lösen. Hier liegt die große Chance für eine deutsche Bundesregierung, die aber der Kanzler nicht wahrnimmt und wo Pistorius und Baerbock vergeblich auf die Kombination von Diplomatie und Härte, also Smartpower setzen.

**Pindur:** Sie sind sich in der Frage, wie weit die Unterstützung der Ukraine gehen soll oder darf, sehr einig mit Politikern der Ampel, mit einigen Politikern der Ampel, zum Beispiel mit dem Grünen-Abgeordneten Anton Hofreiter. Ich nenne noch den SPD-Abgeordneten Michael Roth, mit der ausscheidenden FDP-Abgeordneten Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Da ist ja so was wie eine parteiübergreifende Koalition für die Unterstützung der Ukraine da. Trotzdem haben diese Stimmen Schwierigkeiten durchzudringen zur Bundesregierung, zum Kanzleramt. Worauf führen Sie das zurück?

**Kiesewetter:** Nun, die Bundesregierung ist in sich uneinig. Die Außenministerin hat sehr früh erwähnt, dass Russland uns als Kriegsziel sieht. Wir müssen verhindern, Kriegspartei zu werden, aber begreifen, dass Putin uns als Gegner sieht und dann sollten wir ein starker Gegner sein. Die Außenministerin hat das früh erkannt. Der Verteidigungsminister hat aufgrund der finanziellen Notlage der Streitkräfte deutlich gemacht, dass wir nicht verteidigungsfähig sind und hat das zugespitzt, indem er einen Begriff gewählt hat, der für uns Christdemokraten schwerfällt, nämlich „kriegstüchtig“. Und damit ist klar, dass in der Bundesregierung – ich sage mal – die notwendigen Änderungen erkannt sind, aber das Kanzleramt setzt nicht darauf. Das Kanzleramt ist in einer Form der Selbstabschreckung gebunden, die auch mit Blick auf China, mit Blick auf den Verkauf eines Verteilterminals des Hamburger Hafens, aber auch in anderen Bereichen, Übermittlungsvorschriften der Nachrichtendienste an Staatsanwaltschaften und Polizeien, sehr zurückhaltend ist. Und ich weiß nicht, was es noch bedarf, den Weckruf nach den Europawahlen oder eine weitere Eskalation durch Russland. Jedenfalls, die russische Strategie, dass wir immer mehr deeskalieren, wenn er eskaliert, scheint aufzugehen und dagegen wehren sich einige Abgeordnete aus der Regierung. Und auch wir als Union sehen da ganz eindeutig viel Übereinstimmungsbedarf mit denen, die an der Seite der Ukraine stehen. Aber lösen muss es die Regierung und verantwortlich für das Dilemma ist das Bundeskanzleramt.

**Pindur:** Ich möchte jetzt noch mal auf die Lage der Bundeswehr zurückkommen. Man braucht für Panzer, für Gerät, für die Hochtechnologie, die bedient werden muss, einfach auch Menschen, die das leisten können. Jetzt ist es nicht gelungen, die Zielmarke von 203.000 Soldatinnen und Soldaten zu erreichen mit einem mehrjährigen Anlauf. Und Verteidigungsminister Pistorius hat ein Konzept vorgestellt, mit dem jetzt mehr Personal für die Bundeswehr gewonnen werden soll. Geht das in die richtige Richtung?

**Kiesewetter:** Es ist angesichts der schwierigen Rahmenlage, in der die Bundeswehr ist und in der auch der Verteidigungsminister steckt, ein erster richtiger Schritt. Es ist deshalb ein richtiger Schritt, weil es bei uns in der Bevölkerung ein Umdenken braucht. Warum? Wir sind im demografischen Wandel. Wir haben Streitkräfte, die einen erheblichen Finanzbedarf bis 2030 haben. Es sind drei Divisionen der NATO zur Verfügung zu stellen. Wir haben nicht mal eine richtig einsatzbereit. Und das bedeutet, hier ist ein Umdenken nötig und wir brauchen auch das Personal. Nur, wenn er dieses Personal will, dann muss er Menschen überzeugen, freiwillig Dienst in den Streitkräften zu leisten, solange wir kein verpflichtendes Gesellschaftsjahr haben. Und diese Freiwilligkeit braucht Attraktivität. Und wenn er jetzt versucht, die Männer anzuschreiben und vielleicht später in einem Gesetzgebungsprozess auch

die Frauen verpflichtend anschreiben kann, so ist das zumindest etwas, das begleitet werden muss mit entsprechenden Initiativen in den Schulen, mit den Kultusbehörden, um einfach unsere Schülerinnen und Schüler zu überzeugen, mehr für unser Land zu tun. Sei es in den Blaulichtorganisationen für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, sei es in der Bundeswehr. Wir brauchen Gesellschaftsunterstützungskräfte, die zivil und militärisch sich für den Zusammenhalt des Landes einsetzen. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Was ist denn ein besseres Zeichen für Integration, wenn Menschen, die hierhergekommen sind, oder deren Eltern hierhergekommen sind, sich einbringen für den Zusammenhalt des Landes? Deswegen ist ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr so wichtig, das ja der Bundespräsident vorschlug, das aber an der FDP in der Regierung gescheitert ist, weil sie keinen Pflichtdienst wollen. Deswegen brauchen wir parteiübergreifende Initiativen. Und somit ist die Initiative Pistorius angesichts der engen Rahmenbedingungen, er bekommt nicht mehr Geld und er bekommt auch nicht die Freigabe, diese Wehrpflicht weiter auszudehnen, der richtige Schritt, aber es bedarf mehr Maßnahmen in den nächsten Jahren.

**Pindur:** Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist Roderich Kiesewetter. Wo wir bei der FDP sind, die FDP will keine Lockerung der Schuldenbremse. Das will aber auch die Union nicht. Wo soll das Geld denn herkommen? Denn am besten wäre ja die Bundeswehr oder der Verteidigungshaushalt ausfinanziert aus dem laufenden Haushalt, wie wir es bis zum Ende des Kalten Krieges ja auch geschafft haben.

**Kiesewetter:** Also zunächst einmal finde ich es sehr bedauerlich, dass wir unsere innenpolitische Diskussion über die Zukunft unserer Sicherheit ausschließlich auf Schulden setzen oder Sondervermögen. Ich glaube, es braucht erst einmal ein parteiübergreifendes Grundverständnis, jedenfalls stehen wir als Union dafür, dass wir sagen, die Sicherheit unseres Landes geht uns alle an. Dazu gehört eben auch, dass wir für die künftigen Generationen Leitplanken brauchen, dass wir jetzt nicht zu viele Schulden machen, sondern, wie es bis vor einigen Jahren war, auch Schulden abbauen. Und deswegen ist es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Beispielsweise als ich 2009 im Bundestag anfang, waren eine Million Menschen zwischen 18 und 30 in Hartz IV durch Schulabbruch, durch Ausbildungsabbruch und anderes. Heute sind im Alter zwischen 18 und 30 rund zwei Millionen Menschen. Davon sind etwa 600.000 Aufstocker, also Menschen, die arbeiten und etwas aufgestockt bekommen. Ich glaube, es ist jede Anstrengung wert, junge Menschen besser zu begleiten zu Ausbildungsabschlüssen und auch zu Schulabschlüssen zu motivieren und dann eine Ausbildung aufzunehmen. Hier brauchen wir mehr pädagogische Begleitung und das muss man nicht mit Schulden machen, sondern

mit intensivem Kümern. Zweitens, wenn es uns gelingen würde, etwa 600.000 Menschen der zwei Millionen in Arbeit zu bringen, in eine Arbeit, wo sie selbstständig ihre eigenen täglichen Bedarfe finanzieren können, würde das bereits die Kassen um einen Betrag von 20 bis 30 Milliarden Euro jährlich entlasten. Damit wären wir schon bei knapp 2 Prozent. Wenn wir dann noch durch Umschichtung und Umpriorisierung und andere Anstrengungen das übrige Geld erreichen, dann können wir, ohne nur über Schulden zu sprechen, dies lösen. Und wir als Union sind gerne bereit, da mitzuhelfen. Allerdings halten wir gar nichts davon, dass die Bedingungen für künftige Generationen aufgeweicht werden. Wir haben einen riesigen Investitionsbedarf in Deutschland für die öffentliche Infrastruktur im Bereich Verkehr, Bahn, Telekommunikation, Digitalisierung. Wir brauchen auch viele junge Menschen in dem Bevölkerungsschutz, Katastrophenschutz. Ich glaube, eine Gesamtanstrengung für eine Ausweitung des Freiwilligendienstes bis hin zu einem Pflichtdienst ist ein Ansatz. Und das andere ist, so einen Dienst so attraktiv zu machen, dass die kleinen Handwerksbetriebe, die die FDP immer als Argument gegen einen Pflichtdienst anführt, sagen, die Leute kommen zurück mit einem Führerschein oder mit einem Lkw-Führerschein, mit einem Schweißerschein, mit Unfallvertrauenspersonensausbildung, mit Datenschutzgrundverordnungsausbildung. Die können wir jederzeit brauchen. Wenn die kleinen und mittleren Betriebe sagen, unsere jungen Leute gehen dort hin oder Ältere in der Neuorientierung bei ihren Berufen sagen, ich mache ein Jahr Freiwilligendienst, haben wir ganz viel für unser Land gewonnen und auch viel Geld gespart.

**Pindur:** Bundesverteidigungsminister Pistorius hat ja selbst durchblicken lassen, dass er eine wie auch immer geartete Dienstpflicht, ein verpflichtendes Jahr vorziehen würde gegenüber der völligen Freiwilligkeit. Könnten Sie mal ausbuchstabieren, denn das ist ja Standpunkt Ihrer Fraktion auch, das haben Sie ja auch tatsächlich auf dem Parteitag verankert, wie sollte denn diese Dienstpflicht aussehen? Für wen sollte die gelten? Wo würde man diesen Dienst ableisten? Wie lange würde das dauern? Da sind ja viele Fragen offen. Machen Sie das mal konkret, bitte.

**Kiesewetter:** Ja, Herr Pindur, ein jetziger Dienst, wie wir ihn haben, bietet gerade mal 80.000 Stellen – im Bundesfreiwilligendienst und im freiwilligen sozialen Jahr. Ein Geburtsjahrgang hat 700.000, 750.000 Menschen. Wenn wir also einen Pflichtdienst machen wollten, merken wir gleich, das dauert ein, zwei, drei Jahre, bis man das aufgebaut hat, weil wir eine pädagogische Begleitung brauchen, Unterbringung anbieten müssen. Ein Pflichtdienst bedeutet immer auch Verpflichtung des Staates, sich um die Leute zu kümmern. Und wir können es uns nicht leisten, durch eine überschnelle Handlung, Hunderttausenden jungen Menschen zu wenig

Sinn zu bieten. Es nützt uns gar nichts, wenn 700.000 Menschen in einem Pflichtdienst sind für unser Land und 200.000 davon jährlich nach Hause gehen und sagen, ich bin nicht gebraucht worden oder ich habe nichts Sinnvolles gemacht. Deswegen bietet sich als erster Schritt, wie wir das auch als Union sehen, an, den bisherigen Dienst im Bundesfreiwilligendienst des Bundes und im freiwilligen sozialen Jahr der Länder auszuweiten – von 60.000, 80.000 auf 300.000 oder 400.000. Und dann daraus quasi eine Kristallisations-, eine Katalysatorwirkung zu haben, dass nicht nur die Blaulichtorganisationen sagen, klasse, diese Leute können wir gebrauchen, sondern auch die Brüder und Schwestern derjenigen, die noch nicht so alt sind, nach Hause kommen und sagen, du, das war eine tolle Sache, da musst du hingehen. Und ich wünschte mir, dass diese Bundesregierung die Idee des Bundespräsidenten Steinmeier aufgegriffen hätte für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Wir als Union nennen es ein Jahr für Deutschland. Und wenn das in die nationale Sicherheitsstrategie eingeflossen wäre – leider war sich die Bundesregierung nicht einig, weil die FDP diesen Pflichtdienst nicht wollte, aber stellen Sie sich vor, es würde in der nationalen Sicherheitsstrategie stehen, eine Zivilreserve, eine militärische Reserve und daraus dann die Blaulichtorganisationen, das Verteidigungsministerium, das Innenministerium ableiten, wie sie daraus ganz konkrete Schritte machen, so einen Dienst aufzubauen, dann gäbe es auch eine Grundlage für die Finanzierung. Und ich glaube, wir sind gut beraten, wer im nächsten Jahr Regierungsverantwortung übernimmt in Deutschland, das ganz früh anzugehen, die nationale Sicherheitsstrategie anzupassen und zugleich mit unserer Bevölkerung, auch gerade in den Ländern wie Thüringen, Sachsen und Brandenburg, die ja um ihre Zukunft ringen und eine ganz wichtige Abstimmung im Herbst dieses Jahres haben, gerade der Bevölkerung auch immer wieder deutlich zu sagen, wir müssen mehr investieren in unsere Sicherheit. Wir müssen alles tun, dass wir in der Lage sind, Krisen, die noch kommen, sei es im Bereich der Klimaanpassung, sei es bei Flucht und Migration oder unvorhergesehenen großen Unfällen, einfach vorbereitet zu sein. Dass die Menschen in unserem Land das Gefühl haben, ja, mit so einem Dienst haben wir mehr Sicherheit, haben wir die Gewissheit, Ungewissheiten der Zukunft zu meistern. Das ist das, was ich möchte. Und dann können wir an die technischen Fragen gehen. Aber wir brauchen eine Vision von unserem Land, wie wir uns aufstellen, einfach mit Krisen besser umgehen zu können. Und da gibt es viele gute Vorschläge. Wir brauchen nur Mut zur Entscheidung und politischen Gestaltungswillen.

**Pindur:** Ich möchte noch mal zum Schluss zur Ukraine zurückkehren. Da wurde ja jetzt sozusagen eine Bremse gelockert. Die Ukrainer dürfen weitreichende westliche Waffen wie zum Beispiel die Raketenartillerie auf russisches Gebiet, auf Ziele im russischen Gebiet abschießen. Und das zeigt ja schon einige Wirkung, wie wir



sehen. Aber es ist begrenzt auf den Raum Charkiw. Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass westliche Staaten sogar die Luftabwehr über dem Westen der Ukraine übernehmen sollten in einer Koalition der Willigen. Aber wäre das nicht völkerrechtlich ein Kriegseintritt?

**Kiesewetter:** Das ist eine sehr gute Frage, Herr Pindur. Allerdings wäre so ein Vorschlag, der ursprünglich von der Münchener Sicherheitskonferenz kommt, vom Völkerrecht abgedeckt, nämlich von der Charta der Vereinten Nationen, dass das Selbstverteidigungsrecht der Völker auch anderen Staaten ermöglicht, alles, was völkerrechtlich zulässig ist im Sinne der Verhältnismäßigkeit, zu leisten. Und es wäre eine erhebliche Entlastung, es wäre eine humanitäre Unterstützung der Ukraine, wenn die Luftverteidigungssysteme der Ukraine im Westen des Landes abgezogen werden könnten und die Städte, die Kraftwerke im Osten, aber insbesondere auch die Truppe, die um Charkiw und um Donezk und Luhansk und um Cherson in furchtbaren Kriegseinsätzen stehen, besser zu unterstützen im Gefecht der verbundenen Waffen. Ich halte diese Initiative für gut. Deutschland wird sich daran nicht beteiligen. Wir liefern aber Luftverteidigungssysteme. Es ist wichtig, den Ländern, die dies tun wollen, keine Steine in den Weg zu legen. Und das, was Macron gesagt hat, mit strategischer Doppeldeutigkeit, eben alles zu tun, was der Ukraine den Weg verhilft in Europäische Union und NATO, indem er sie stabilisiert und indem wir unser Kriegsziel ändern, nämlich nicht, dass die Ukraine nicht verlieren darf und Russland nicht gewinnen, sondern dass am Ende steht, die Ukraine hat die Chance, ihre Grenzen von 1991 wiederherzustellen und unsere Forderung an Russland lautet, das Existenzrecht all seiner Nachbarstaaten bedingungslos anzuerkennen.

**Pindur:** Spricht man mit Fachleuten internationaler Politik, hört man immer wieder den Satz, wir befinden uns zwar nicht in einem heißen Krieg, aber wir befinden uns auch nicht mehr im Frieden. Was meinen diese Fachleute damit? Was können Sie damit anfangen?

**Kiesewetter:** Russland ist in einer Allianz mit China, Iran und Nordkorea, eine Allianz der Lastenteilung, die Sabotage, Spionage, Desinformation ausübt, aber auch Zerstörung von kritischen Infrastrukturen, Seekabeln beispielsweise oder Fabriken, wie in Tschechien eine Munitionsfabrik. Zweitens ist Russland willens, immer weiter zu eskalieren und drittens ist diese Form der Kriegsführung von Putin über Jahrzehnte vorbereitet worden. Er ist KGB-Mann gewesen und er bleibt Geheimdienstmann. Putin weiß sehr genau, wie er mit westlichen Gesellschaften umgeht, die auf Toleranz und Vielfalt setzen und die auch zu jeder fundierten Meinung unbedingt immer, und wenn sie noch so falsch ist, eine Gegenmeinung haben wollen, eine Art False Balancing machen. Und da setzt er mit seinen

Desinformationen an. Putin hat längst gesagt, dass wir für ihn Feind sind. Ich mag den Ausdruck Feind überhaupt nicht, aber wenn er uns als Feind sieht, dann lassen Sie uns starker Gegner sein und kein schwacher. Und das Dritte ist, er definiert, ob wir Kriegspartei werden oder nicht. Wir wollen nicht Kriegspartei werden, aber sein Ziel nach der Ukraine, die er spalten will und Massenflucht erzeugen will, dann Moldau und die baltischen Staaten einzuverleiben, hat er nie aufgegeben. Und es ist geradezu perfide, dass er jetzt während der Friedenskonferenz in der Schweiz ein Angebot macht, wo die Ukraine aufgefordert wird, die besetzten Gebiete als Teil Russlands anzuerkennen und dafür dann auch noch das Recht auf freie Bündniswahl aufgeben soll. Er zieht alle Register. Und es muss unsere Aufgabe sein, das zu entlarven und deutlich zu machen als Propaganda, wenn Russland uns als Kriegsziel auserkoren hat, sollten wir alles tun, ihm das zu verwehren und Frieden und Freiheit für die Ukraine wiederherzustellen, indem wir uns selbst wehrhafter machen und vor allen Dingen dafür sorgen, dass unsere Bevölkerung Vertrauen in unsere Sicherheitspolitik hat. Da ist noch viel zu tun.

**Pindur:** Vielen Dank für das Gespräch.

**Kiesewetter:** Danke schön, Herr Pindur.